

Kapitel V.

715/52

75-74/27

Offizierpersonalpolitik des Heeres in den
Jahren 1934 - 1938

In den Jahren 1915 und 1920 waren die hohen militärischen Führer des Weltkriegsheeres fast ausnahmslos aus dem Heeresdienst ausgeschieden und in den Ruhestand übergetreten. Der Aufbau der Reichswehr, der bewaffneten Macht der Weimarer Republik, wurde von einer jüngeren Generation ausgeführt. Die Spitzenstellungen des 100 000 Mann-Heeres bis zu den Divisions-, ja vielfach bis zu den Regimentskommandeuren herunter, lagen in den Händen von Offizieren, die vor und im Kriege 1914/18 bis 1918 vorwiegend im Generalstabsdienst tätig gewesen waren. Geist und Auffassung des Generalstabes nahmen daher einen bedeutenden Einfluß auf das Werden des jungen Berufsheeres und insbesondere auf die Entwicklung des Offizierkorps.

Die Handhabung der Offizierpersonalpolitik im 100 000 Mann Heer bis zum Jahre 1938 einschließlich ergibt sich aus der Beilage I. Die Enge des zahlenmäßig begrenzten Offizierkorps barg die Schwierigkeiten der Überalterung in sich. Der natürliche Abgang von Offizieren infolge Tod, Dienstuntauglichkeit oder anderer Gründe hielt sich in sehr geringen Grenzen und ergab nur wenig Möglichkeiten für den Aufstieg der jüngeren Kräfte. Ohne den künstlichen Eingriff einer stärkeren jährlichen Verabschiedung von älteren oder ungeeigneten Offizieren mußte das Offizierkorps auf die Dauer überaltern und in seiner Haltung und Leistung erstarren. Es wurde daher eine Quote der jährlich zu Verabschiedenden festgesetzt, die ermöglichen sollte, einerseits, dem Fortkommen des Einzelnen ausreichende Aussichten zu bieten und andererseits die im Interesse der Gesamtheit des Heeres liegende Stetigkeit in der Offizierstellenbesetzung zu gewährleisten. Die Jungerhaltung des Offizierkorps war nicht Selbstzweck und diente nicht der Befriedigung der Mühsal und des Ehrgeizes des einzelnen Offiziers, sondern war eine im Interesse des Dienstes ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~ gelegene Maßnahme. Ihre Begrenzung

lag dort, wo die zur Jungerhaltung des Offizierkorps getroffenen Anordnungen sich zu einer Schädigung der Sache auszuwirken in der Lage waren, weil zu häufiger Wechsel der Offiziere die Stetigkeit in der Ausbildung und Erziehung der Truppe nachteilig beeinflussen mußte. Die jährliche Verabschiedungsquote von 170 Offizieren war im Verhältnis zum Gesamtbestande (4000 Offiziere) eine sehr hohe. Jährlich 170 Offiziere zwangsmäßig zu entlassen, bedeutete einen harten Eingriff in das Gefüge des Offizierkorps. Jährlich 170 "Ungeeignete" gab es einfach nicht; sie mußten künstlich ausgesucht werden. Hierbei ^{bleibt} zu berücksichtigen, daß das Offizierkorps des 100 Mann Heeres auf einer hohen Bildungsstufe stand und für den Dienst wirklich "Ungeeignete" eine seltene Ausnahme bildeten! In einem größeren Heere hätte sich eine solche drakonische Maßnahme, die zwar notwendig war, aber eine Beunruhigung und seelische Belastung vor allem der älteren Offiziere darstellte und vielfach einen Verlust an Erfahrung und Können bedeutete, erübrigt.

Mit dem Einsetzen der Aufrüstung war das Problem der Überalterung schlagartig beseitigt. An seine Stelle traten neue, für die Existenz des Offizierkorps nicht weniger bedeutungsvolle Fragen.

Die große, im Jahre 1934 zunächst behutsam anlaufende, in den folgenden Jahren stärker werdende Heeresvermehrung hatte ein außerordentliches Anwachsen der Offizierstellen im Gefolge. Der Bedarf an Offizieren stieg in einem Maße, daß er auf dem normalen Wege der Ergänzung von Unten her nicht gedeckt werden konnte, auch wenn man die Anforderungen an den jungen Offiziersnachwuchs auf ein Mindestmaß zurückschraubte. Im 100 000 Mann Heer brauchte der Offizieranwärter eine vierjährige Ausbildung mit scharfer Siebung, um zum Leutnant befördert werden zu können! Hatte der Weltkrieg I bereits die Schattenseiten im Verhältnis der jugendlichen Leutnants zu älteren Mannschaften gezeigt, so war ein solches Mißverhältnis im Lebensalter von Offizier und Mann in einem Heere lang dienender Berufssoldaten, wie es das 100 000 Mann Heer war, erst recht nicht tragbar gewesen. Die vierjährige solide Ausbildung der angehenden Offiziere hatte sich in den Jahren der Weimarer Republik

ausgezeichnet bewährt. Es war nicht etwa ein Zeichen des Beharrungsvermögens sondern der Einsicht in die Erfordernisse, einen gut durchgebildeten jungen Offiziersnachwuchs der Truppe zu liefern, wenn das Heerespersonalamt bei Beginn der Wiederaufrüstung nur widerwillig und der Zwangslage folgend die Anforderungen an die Ausbildung des Offiziersnachwuchses senkte und hartnäckig das Prinzip einer sorgfältigen Auslese und gründlichen Vorbildung der Offizieranwärter festhielt. Der hohe Offizierbedarf des Wehrpflichtheeres machte es jedoch unumgänglich, daß sowohl die Bedingungen für den Eintritt der Offizieranwärter in das Heer als auch ihre Ausbildung als Offizier in zunehmendem Maße Erleichterung finden mußten. In dieser Hinsicht bedeutete der Zwang der Bedarfsdeckung eine qualitative Minderung der heranwachsenden jungen Offiziersjahrgänge.

Da der Nachwuchs von Unten her keinesfalls ausreichte, um mit dem wachsenden Bedarf an Offizieren Schritt zu halten, waren weitere Behelfsmaßnahmen zur Deckung der Fehlstellen erforderlich. Als naheliegendste Maßnahme bot sich der Verzicht auf zwangsweise Verabschiedung an; dies hatte den sachlichen und persönlichen Vorteil, daß wertvolle Kräfte für die Zeit des Aufbaus des Heeresdienst erhalten werden konnten, und hatte den Nachteil, daß fast jede Aussonderung ungeeigneter Offiziere unterblieb.

Fernerhin ging man in großem Umfange dazu über, ehemalige Berufs- und Reserveoffiziere in den Heeresdienst wieder einzustellen. Hierbei handelte es sich im wesentlichen um Männer, die bei Beendigung des Weltkrieges I bereits Offizier gewesen und im Augenblick der Wiedereinstellung in einem vorgeschrittenen Lebensalter waren. Sie brachten Lebens- und Kriegserfahrung mit; ihr militärisches Können war ganz naturgemäß nur bedingten Grades. Die Schwierigkeit ihrer Verwendung im aktiven Dienst bestand darin, daß sie gleichzeitig einerseits die Rolle des Lernenden im Interesse ihrer Eigenausbildung auf sich nehmen und andererseits aus der Notlage heraus als Führer an die Spitze von Einheiten gestellt werden mußten, obgleich ihnen die Fähigkeiten als Truppenaus-

bilder und -Erzieher nur unvollkommen oder garnicht eigen waren. Es fehlte ihnen eben eine langjährige militärische Erfahrung und Ausbildung; sie waren erprobte Frontkämpfer des ersten Weltkrieges gewesen, ohne daß sie eine längere, gründliche Ausbildung zum Offizier genossen hatten, die nun mit Nachdruck nachgeholt werden mußte. Diese Kategorie von Offizieren, auf denen die Doppelaufgabe als Schüler und Lehrer lastete, konnte erklärlicherweise erst im Laufe geraumer Zeit eine wirkliche Hilfe für das Offizierkorps werden.

Ein vermäßig beachtlicher Zuwachs erwuchs dem Offizierkorps aus den Reihen der Berufsunteroffiziere des 100 000 Mann Heeres. Diese Männer waren erstklassig durchgebildete Soldaten und brachten ein hohes Maß an praktischen Können und militärischem Wissen sowie ausreichende Führereigenschaften mit. Wenn ihnen auch die militärwissenschaftliche Ausbildung auf Grund ihres Verdeganges fehlte, so hätte der Durchschnitt von ihnen bei friedlicher Entwicklung der Lage einen Aufstieg bis zum Bataillonkommandeur mit Vorteil für das Heer erleben können. Einzelne trugen hinsichtlich Charakter und Befähigung die Anlagen in sich, auf der militärischen Sprossenleiter zu höheren und höchsten Stellen aufzusteigen. Jedoch galt auch bei ihnen die alte Lebensweisheit, daß man Niemanden vor eine Aufgabe stellen soll, der er auf Grund seiner Qualitäten nicht gewachsen sein kann. Es war noch lange nicht jeder gute Unteroffizier ein brauchbarer Offizier! Die Heranziehung des Unteroffizierkorps als Nachwuchsquelle für das Offizierkorps hatte in zweifacher Hinsicht Grenzen. Ein gutes, leistungsfähiges und ein auf seinen Stand stolzes Unteroffizierkorps war für das Heer unentbehrlich. Der Unteroffizier hatte genau wie der Offizier oder Militärbeamte seinen bestimmten Aufgaben- und Pflichtenkreis. Die Unteroffizierlaufbahn war zwar kein Lebens-, aber ein langjähriger Durchgangsberuf, dessen Ausübung eine sorgsame Auswahl und Ausbildung voraussetzte. Wenn man dem Unteroffizier den Weg in die Offizierlaufbahn im Grundsatz öffnete, so war das nicht nur aus Gründen akuter Bedarfsdeckung, sondern aus den all-

gemeinen Zeitverhältnissen heraus berechtigt. Man durfte darunter der Wert des Unteroffizierkorps als solchem nicht ernststen Schaden nehmen. Es durfte weder die Selbstachtung noch die Leistungsfähigkeit dieser Berufsgruppe geschwächt werden. Die Selbstachtung war aber gefährdet, wenn man in größerem Umfange eine Schleuse aus dem Unteroffizierkorps in das Offizierkorps öffnete, dem Unteroffizierstand seine besten Kräfte durchgängig entzog und in ihm den Eindruck der Minderwertigkeit erweckte. Wenn, auch nur der Schein einer Minderbewertung des Standes war im Interesse der Sache dringend zu vermeiden. Im Gegenteil war alles zu tun, um das Ansehen des Unteroffizierkorps in einem Augenblick zu erhalten, in dem von seiner Leistung die Durchführung der Heeresvermehrung wesentlich abhing und in dem sein Bedarf sich verzehntausendfachte. Die Gewinnung eines geeigneten Unteroffizierersatzes ist in einem Heere der allgemeinen Wehrpflicht viel schwieriger als in einem Berufsheere und ist wesentlich von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig. Im 100 000 Mann Heer dienten Unteroffizier und Mann gleichmäßig 12 Jahre, im Heere der allgemeinen Wehrpflicht hatte der Unteroffizier für 12 Jahre zu kapitulieren, während der Mann 2 Dienstjahre ableistete. Der Unteroffizier stand 10 Jahre länger im Dienst der Allgemeinheit, während der Mann sich nach Ableistung der zwei Dienstjahre seiner Berufsausbildung widmen konnte. Er opferte 10 Jahre seines Lebens über das übliche Maß der Dienstzeit hinaus dem Vaterlande. Dieses Opfer durch Mißachtung seiner Stellung zu verkleinern, wäre einer unmoralischen Handlungsweise des Offiziers gleichgekommen. Lag die Grenze für die Heranziehung des Unteroffizierkorps zur Offizierlaufbahn einerseits bei der Aufrechterhaltung seiner Selbstachtung, so lag sie andererseits in der Notwendigkeit, sein Leistungsniveau nicht absinken zu lassen. Und das Letztere mußte Einbuße erleiden, wenn man den Übertritt aus dem Unteroffizier- in das Offizierkorps auf eine zahlenmäßig zu breite Grundlage stellte.

Das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 bestimmte die Überführung der Truppenpolizei in das deutsche Friedensheer.

Durch diese Verschmelzung wurde der Charakter des Heeres und des Offizierkorps weitgehend beeinflusst. Die Unterschiedlichkeit des Denkens zwischen Heer und Polizei war groß. Die Entwicklung der Polizei hatte sich seit 1919 unter ganz anderen Bedingungen vollzogen als die des 100 000 Mann Heeres. Die Armee war unpolitisch geblieben, die Polizei dagegen war ein beamteter Körper, der der Wirkung der Tagespolitik unterworfen war und auf dessen politische Haltung die herrschenden Regierungssysteme nachhaltigen Einfluß genommen hatten. Sogleich nach der Machtübernahme hatte eine tiefgreifende, nationalsozialistische Durchsetzung des polizeilichen Beamtenkörpers stattgefunden. Mit dem Aufgehen der Truppenpolizei in das Heer erhielt daher das Offizierkorps einen beträchtlichen, weltanschaulich auf das Dritte Reich eingestellten Zuwachs, der das Gefüge des bis dahin unpolitischen Offizierkorps nicht unberührt ließ und erst im Laufe der Zeit verdaut sein konnte.

Weit- und leistungsmaßig war der Zuwachs aus dem Polizei-offizierkorps unterschiedlich anzusehen; er war bei Jüngeren abhängig von dem Werdegang und der Betätigung in geschlossenen Polizeiformationen und bei den Älteren darüber hinaus von ihrer früheren militärischen Ausbildung. Das reine polizeiberufliche Wissen und Können war mehr oder weniger wertlos für die Zwecke des Heeres, weil die Berufe des Soldaten und des Polizisten an sich wenig Gemeinsamkeiten aufweisen. Der Polizist als Einzelindividuum war Diener und Vollstrecker der jeweiligen Staatsgewalt, der Soldat Träger einer vaterländischen Idee. Der erstere war gebundener und beengter in seiner Ideenwelt, der zweite freier. Der eine ist das Auge des Gesetzes, der Hüter der Ordnung, der Andere ist sichtbarer Repräsentant der Nation, der Beschützer des Vaterlandes.

Der Eingliederungsprozeß hat dem Offizierkorps des Heeres eine Menge brauchbarer Mitglieder aus den Reihen der ehemaligen Polizei-offiziere zugeführt, aber auch eine Anzahl, die das Fluidum des Beamten nicht mehr abstreifen konnten.

Verstärkter Nachwuchs von Unten, Reaktivierung ehemaliger Berufs- und Reserveoffiziere, Beförderung von Unteroffizieren zu Offizieren,

Eingliederung von Polizeioffizieren - diese Notstandsmaßnahmen reichten noch immer nicht aus, um den aufkommenden Gesamtbedarf an Offizieren zu decken. Die größte Sorge war, den entstehenden, jungen Truppenteilen erfahrene Berufsoffiziere zur Besetzung der Kommandeurstellen zuzuweisen. Es kam daher darauf an, den Berufsoffizier aus Dienststellen und Verwendungsarten, die nicht unmittelbar dem Truppendienst dienten, herauszulösen und ihn durch andere Kräfte zu ersetzen. Für diesen Zweck wurde das "Ergänzungsoffizierkorps" geschaffen. Es hatte seine eigenen Bestimmungen für Laufbahn und Verwendung, ersetzte den aktiven "Truppenoffizier" in all den Dienststellungen, in denen letzterer nicht lebenswichtig notwendig erschien und leistete daher vorwiegend in den Büros und in der Verwaltung Dienste. Bei diesen Ergänzungsoffizieren handelte es sich um Personen, die aus körperlichen oder Eignungsgründen für den praktischen Truppendienst nicht in Betracht kamen. Ihre Laufbahn endete mit der Erreichung des Dienstgrades eines Obersten. Das Ergänzungsoffizierkorps ist ein nicht zu unterschätzender Gehilfe des aktiven Offizierkorps gewesen und hat einen bedeutsamen Anteil am Aufbau des Heeres gehabt. In späteren Jahren - also nach 1938 - ist das Ergänzungsoffizierkorps genau wie alle übrigen Sparten des gesamten Offizierkorps wiederholt Gegenstand personalpolitischer Versuche und Änderungen gewesen.

Das führende Element des bunt zusammengewürfelten Offizierkorps blieb der zahlenmäßig kleine, aber wertvolle Kern, der aus dem 100 000 Mann Heer stammte. Jedoch war er zu schwach an Zahl, um in wenigen Jahren die innerliche Geschlossenheit und die einheitliche Auffassung des Offizierkorps dauerhaft sicherzustellen. Der schnelle Heeresaufbau trug Züge eines inflationistischen Vorganges, der das Mißverhältnis zwischen Anzahl und Güte deutlich machte und die für die Personalgebarung verantwortlichen Offiziere zu immer wiederkehrenden Vorstellungen gegen das schnelle Anwachsen des Offizierkorps veranlaßte. Wenn die Referat im Warner (des H.P.A. und der Zentralabteilung des Generalstabes) vor einer zu schnellen Aufrüstung mit ihrer Ansicht grundsätzlich unterlagen, so lag das in den Entscheidungen, die dem Reichskriegsminister und Ob.d.H. vorbehalten waren.

Dem Heerespersonalamt oblag die Regelung aller Offizierangelegenheiten des Heeres mit Ausnahme derjenigen des Generalstabes, die in den Verantwortungsbereich des Chefs des Generalstabes des Heeres fiel und dem hierzu als bearbeitende Stelle die Zentralabteilung des Generalstabes des Heeres unterstand.

Die Entscheidungsbefugnis in letzter Instanz lag für die höchsten Offiziere beim Führer und Reichskanzler als Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, für die nächstfolgenden Dienstgrade beim Reichskriegsminister und für die untersten beim Oberbefehlshaber des Heeres. Entsprechend dem Anwachsen des Offizierkorps wurde die Entscheidungsbefugnis des Reichskriegsministers und des Oberbefehlshabers des Heeres erweitert. Das Entscheidungsrecht Hitlers war theoretischer Natur, einen praktischen Einfluß auf die Gestaltung der Offizierpersonalien nahm er in den Jahren 1934 - 4.2.1938 nicht. Die Personalveränderungen, versehen mit der Gegenzeichnung des Reichskriegsministers und des Oberbefehlshabers des Heeres, wurden ihm unterschriftsfertig durch den Adjutanten der Wehrmacht vorgelegt und er vollzog sie, ohne von dem Inhalt der Verfügungen Kenntnis zu nehmen oder sie gar abzuändern. In der Zeit vom 6.8.1934 bis 4.2.1938 hat der Chef des Heerespersonalamtes nicht einmal dem Führer über Offizierpersonalien vorgetragen. Es kann nicht deutlich genug vor der Geschichte festgehalten werden, daß Hitler auf das Kernproblem des Heeres, nämlich auf die Entwicklung des Offizierkorps, bis zum Sturz des Generalobersten Freiherrn von Eritsch ohne unmittelbare Einflußnahme geblieben ist. Selbstverständlich war der Aufbau des Offizierkorps abhängig von den organisatorischen Maßnahmen der Heeresvermehrung. Das Offizierkorps konnte sich nicht nach den ausschließlich in seinem Interesse gelegenen

Notwendigkeiten entwickeln, sondern mußte sich den Forderungen anpassen, die sich aus der allgemeinen Wiederaufrüstung ergaben. Im Rahmen dieser Zwangsläufigkeit war es oft wider besseres Wissen des Heerespersonalamtes unvermeidlich, daß den Interessen des Gesamtheeres die des Offizierkorps zum Nachteil des Letzteren untergeordnet werden mußten.

Zu der Aufgabe, aus dem kleinen Offizierkorps des 100 000 Mann Heeres das vielfach vergrößerte des Wehrpflichtheeres auf die Beine zu stellen, trat als völlig neue die mobilmachungsmäßige Aufstellung des Kriegsoffizierkorps. Auf diesem letzteren Gebiet hatten von 1918 bis 1935 sämtliche Vorbereitungen geruht. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 konnte mit den Vorarbeiten zur Erfassung der für den Mobilmachungsfall verfügbaren ehemaligen aktiven Offiziere und der des früheren Beurlaubtenstandes begonnen werden. Da seit Ende 1918 die Ausbildung von Reservisten unterblieben war, standen für eine zukünftige Mobilmachung nur diejenigen Personen zur Verfügung, die noch zu kaiserlicher Zeit Offizier geworden waren. Die jüngsten unter ihnen hatten das vierzigste Lebensjahr bereits überschritten oder näherten sich ihm. Diese Männer, die im Weltkrieg I bereits als Führer von Kompanien pp Verwendung gefunden hatten, sollten nun nach fast zwei Jahrzehnten in gleicher Stellung für den Kriegsfall vorgesehen werden. Für die verantwortlichen Stellen im Personalamt bestand kein Zweifel, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges I auf dieser personellen Grundlage kein leistungsfähiges Kriegsoffizierkorps ins Leben gerufen werden konnte. Jahre ruhiger Entwicklung waren an Platze, um den erforderlichen Ersatz aus jüngeren Kräften des neu auszubildenden Offizierkorps des Beurlaubtenstandes schaffen zu können. Wenn auch die Heranbildung des Offizierkorps des Beurlaubtenstandes mit großem Nachdruck eingeleitet wurde, so lag doch auf der Hand, daß diese Aufgabe erst im Laufe vieler Jahre zur Befriedigung gelöst werden konnte. Weder Güte noch Zahl der Offiziere des aktiven und des Beurlaubtenstandes entsprachen den Erfordernissen eines modernen Krieges. Das Heer war bei Abschluß der hier behandelten Periode am 4.2.1938 in seiner Führerschicht nicht

kriegsbereit.

Was für das Offizierkorps des Heeres im Allgemeinen galt, traf für die Offiziere des Generalstabes im besonderen zu. Als der Übergang vom Berufs- zum Wehrpflichtheer vor sich ging, waren etwa 200 zum Generalstabdienst geeignet befundene Offiziere vorhanden. Diese beschränkte Anzahl reichte für die Zwecke des Wehrpflichtheeres nicht und erst recht nicht für die eines Kriechheeres aus. Um den Bedarf an Generalstabsoffizieren auch nur einigermaßen decken zu können, waren Aushilfsmaßnahmen notwendig, die wiederum auf Kosten der Güte des Einzelnen und der Allgemeinheit gingen.

Der Verwendung im Generalstabe ging bisher eine sehr sorgfältige Auslese und eine mehrjährige militärwissenschaftliche Ausbildung voraus. Die Auslese wurde mit Hilfe einer Prüfung - Wehrkreisprüfung - und der Beurteilungen, die der Prüfling hinsichtlich seiner Persönlichkeitswerte, seiner Fähigkeiten und Leistungen durch seine bisherigen Vorgesetzten im Truppendienst gefunden hatte, vollzogen. Nach bestandener Wehrkriegsprüfung und bei Vorliegen der den Anforderungen entsprechenden Beurteilungen wurde eine begrenzte Zahl der Prüflinge zur Kriegsakademie nach Berlin für eine dreijährige Ausbildung einberufen. Daß trotz aller Ausbildung und Erziehung der Generalstab Schwächen aufwies, das hatte Beck in seinen jüngeren Jahren bereits klar erkannt und in einem Brief vom 20.6.1928 an mich in die Worte gefaßt: "Die Tätigkeit des Generalstabsoffiziers hat ihre schönen, aber auch ihre weniger schönen Seiten. Wer sich stets selber treu bleibt, steuert den besten Kurs." An dieser Erkenntnis hat er, in späteren Jahren als Generalstabschef des Heeres festgehalten und der Bewertung des Charakters bei der Auswahl der angehenden Generalstabsoffiziere größten Wert beigelegt.

Maßgebend für alle Aushilfen zur Deckung des erhöhten Bedarfes an Generalstabsoffizieren wurde die Forderung des Chefs des Generalstabes des Heeres, Generals der Artillerie Beck, daß eine Inflation des Generalstabes an Charakter und Leistung weitgehend zu vermeiden war. Demzufolge wurden folgende Maßnahmen getroffen:

- a) die Generalstabsstellen in allen Ämtern des Oberkommandos des

Heeres in Berlin und der Kommandobehörden in der Provinz wurden eingeschränkt. Wo immer angängig, wurden Generalstabsoffiziere durch andere Offiziere ersetzt.

- b) Die bereits im Generalstabe befindlichen Offiziere wurden länger als bisher im Generalstabsdienst verwandt. Hieraus folgte zwangsläufig, daß die Betätigung des Generalstabsoffiziers im praktischen Frontdienst sich verkürzte. Der Grundsatz, daß jeder Generalstabsoffizier eine bestimmte Zeit lang Kompaniechef und entweder Bataillons- oder Regimentskommandeur gewesen sein mußte, blieb aufrecht erhalten.
- c) Ältere, frühere Generalstabsoffiziere, die im Truppendienst als Regiments- oder Divisionskommandeure standen, wurden dem Generalstabe wieder zugeführt.
- d) Der Nachwuchs von Unten her wurde auf eine zahlenmäßig breitere Basis gestellt und die Einberufungen zur Kriegsakademie erhöht. Diese Maßnahme war unvermeidbar, aber zugleich in doppelter Hinsicht nachteilig. Auf der einen Seite trat eine nicht unerhebliche Verjüngung und ein Absinken der militärischen und allgemeinen Vorbildung ein - eine Entwicklung, der dadurch zu begegnen versucht wurde, daß die Offiziere nicht im unmittelbaren Anschluß an den Besuch der Kriegsakademie in den Generalstab übernommen, sondern zunächst für 1 bis 2 Jahre zur probeweisen Dienstleistung im Generalstabe kommandiert wurden. Auf der anderen Seite bedingte die erhöhte Einberufung von Offizieren aus der Front zur Kriegsakademie, daß der Truppe besonders gut qualifizierte Offiziere vermehrt entzogen wurden, was angesichts der allgemeinen Offiziersnotlage wenig erwünscht war. Durch ein verständnisvolles Handinhandarbeiten des Heerespersonalamtes und der Zentralabteilung des Generalstabes wurden die Schwierigkeiten, die sich für die Truppe und den Generalstab aus der raschen Heeresvermehrung ergaben, auf ein durch die Verhältnisse bedingtes Mindestmaß herabgedrückt. Bei beiden Dienststellen herrsch-

te Übereinstimmung darüber, daß ein Absinken der Leistungsfähigkeit des Generalstabes sich zum Schaden der Truppe auswirken und daher nach Kräften vermieden werden mußte.

- e) An dem Prinzip der dreijährigen Ausbildung auf der Kriegsakademie wurde festgehalten, allerdings zeitweilig und teilweise eine zweijährige Ausbildung in Kauf genommen.
- f) Zur Deckung des Generalstabsbedarfes für den Krieg wurde auf die im Ruhestand lebenden Generalstabsoffiziere des alten Heeres zurückgegriffen, eine Aushilfe, die sich im Kriege 1939 - 1945 hervorragend bewährt hat. Aus den Reihen der alten Generalstabsoffiziere des kaiserlichen Heeres sind dem mobilen Heere 1939/45 wertvolle, erstklassig geschulte Kräfte zugeflossen, die sich in die Verhältnisse des modernen Heeres schnell hineinfanden.

Die Personalien der Kriegsakademiker und der Generalstabsoffiziere unterlagen dem Entscheidungsrecht des Chefs des Generalstabes und des Oberbefehlshabers des Heeres, soweit es sich nicht um so hohe Dienstgrade handelte, für die die Zuständigkeit des Führers und des Reichskriegsministers in Frage kam. Auch auf diesem Gebiet hat Hitler bis zum 4.2.1938 keinen Einfluß gehabt.

Luftw.
off.

Die Beförderungen der Offiziere erfolgten in der "Ochsentour", das heißt dem Dienstalter nach. Ausnahmen von dieser Regel bildeten gewisse Kategorien von Offizieren wie zum Beispiel die Generalstabsoffiziere. Auch besonders erfolgreiche Truppenoffiziere wurden "vorzugweise" befördert. Jedoch hatte der ursprüngliche Zweck der vorzugweisen Beförderung, nämlich der, besonders befähigte Offiziere schneller aufsteigen zu lassen, um in die hohen Führerstellen körperlich frische und geistig rege Persönlichkeiten gelangen zu lassen, bis zu einem gewissen Grade mit Rücksicht auf die allgemein günstigen Beförderungsverhältnisse des jungen Heeres seinen Sinn verloren. Die vorzugweise Beförderung wurde im Grundsatz dennoch beibehalten, ihre praktische Auswirkung aber auf ein Minimum beschränkt, d.h. der von der vorzugweisen Beförderung betroffene Offizier gewann nur noch einen ganz geringen tatsächlichen Vorteil.

Für den Kriegsfall war in den Mobilmachungsbestimmungen ausdrücklich festgelegt worden, daß jede vorzugsweise Beförderung, auch für den Generalstab, entfallen sollte. Nur eine Ausnahme war vorgesehen, nämlich die Belohnung für hervorragende Tapferkeit auf dem Schlachtfelde. Leider und zum Schaden der Sache sind die Epigonen der Ara Fritsch von diesem Prinzip im zweiten Weltkriege abgegangen. In einem kleinen Heere, in dem die Leistungen aller Offiziere an zentraler Stelle beurteilt werden können, mag das individuelle Leistungsprinzip als Grundlage der Beförderung vertretbar sein. In einem großen Heere, in dem die entsprechende Personal-einzelkenntnis für die entscheidende zentrale Stelle nicht gegeben ist, bietet der Aufstieg nach der Reihe die gerechteste Grundlage eines Beförderungssystems, wobei die für den nächst höheren Dienstgrad "Ungeeigneten" aus dem Heeresdienst auszuschneiden oder in eine besondere, bestimmten Zwecken dienende Laufbahn zu überführen sind. Die Verwendung in bevorzugten, verantwortungreicheren Dienststellen als sie der Durchschnittsoffizier einnimmt, sollte ~~die~~ Anerkennung ^{genügend sein} ~~mit Genüge darzustellen in der Lage sein;~~ jedoch kann dem entgegeng gehalten werden, daß ~~äußere~~ Anerkennung und materieller Lohn für die Masse der Menschen den Anreiz zu höher Leistungssteigerung bedeutet. Der deutsche Offizierberuf hat aber niemals die Möglichkeit zur Erlangung materieller Glücksgüter geboten; seine Triebkraft war die Erfüllung der Pflicht schlechthin und seine Geisteshaltung entsprang dem Idealismus und Patriotismus.

Lebenslauf Aufzeichnung

Die Gehalts- und Pensionsregelung für die Offiziere war sowohl in den letzten Jahren der Weimarer Republik ^{und} als auch in drittem Reich günstiger gestaltet und auf eine Grundlage gestellt worden, die ein einfaches und auskömmliches Gesein sicherte. Der Offizier war in der Lage, ohne finanzielle öffentliche Zuschüsse seinen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Pensions

Der Grundstein zu dem Offizierkorps des neuen Wehrpflichtheeres ist in den Jahren 1934 - 1938 gelegt worden. Es war ein erster, schwerer Anfang, die einströmenden Elemente verschiedenster Herkunft, Vorbildung, geistiger und sittlicher Einstellung zu einem geschlossenen Körper zusammenzuführen. Wenn das Offizierkorps zu Zeiten der Monarchie im wesent-

[gehörigen Jahre]

lichen sich aus den Kreisen des Adels und des Bürgertums ergänzt hatte und die Züge einer Standeskörperschaft trug, so begann sich seine soziale Struktur bereits in der Weimarer Republik zu Gunsten einer breiteren Basis des Herkommens zu verändern und nahm im Dritten Reich den Charakter eines Volksoffizierkorps an. Den Söhnen aller Kreise und Schichten stand die Laufbahn des Offiziers nunmehr offen. Innerhalb eines Vierteljahrhunderts hatten Gesicht und Charakter des Offizierkorps einen grundlegenden Wandel unter dem bestimmenden Einfluß der aus dem Kaiserreich stammenden, die Spitzenstellungen im Heere innehaltenden Führerschicht vollzogen. Der Beruf überwog den Stand.

Das Werk des äußeren organisatorischen Aufbaus und der inneren Konsolidierung war bei Rücktritt des Generalobersten Freiherrn von Fritsch und des General Beck noch keineswegs beendet. Von einem Offizierkorps im Sinne einer beruflich und sittlich streng gebundenen Ordensgemeinschaft waren wir noch weit entfernt. Mit Spaltpilzen verschiedener Tendenz in den eigenen Reihen, unter den argwöhnischen Augen der den Staat beherrschenden Partei und auf den Grundlagen traditioneller Werte vollzog sich die Neubildung des Offizierkorps unter gleichzeitiger höchster Anspannung seiner Leistungsfähigkeit inmitten einer den Volkskörper bis in seine Tiefe aufrüttelnden Revolution.

Als Organ der Nation, nicht als beliebiges Werkzeug eines Mannes oder eines Systems trat das Offizierkorps seinen Weg an und führte trotz aller Wenn und Aber die Neuschöpfung des Heeres in einer Weise durch, der die Geschichte die Anerkennung nicht vorenthalten kann. Am 4.2.1938 stand das Offizierkorps am Scheidewege seines Schicksals. In der Hand weniger Männer lag die Entscheidung für Deutschland oder Hitler. Sie fiel zugunsten des Letzteren aus. Der seit 1934 eingeschlagene, gerade aufsteigende Weg war verlassen. Das Heer wich von seiner Mission im Dienste des Volkes ab und lieferte sich dem System aus, ohne daß diese Wendung einer breiteren Öffentlichkeit in allen Folgen klar werden konnte.

75 2012-15

Auf den Schlachtfeldern und in der Gefangenschaft endete das Werk,
das Deutschlands Einheit und Sicherheit bei verständnisvoller politischer
und militärischer Führung auf lange Zeit hinaus zu gewährleisten in der
Lage gewesen wäre.

Hoßbach, Friedrich

Niederschrift Nr. 1.

geb. 21.11.1899
Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
266/57

Das hessisch-thüringisch-waldeckische Freikorps wurde durch das XI.A.K. (Sitz des Generalkommandos - Kassel) im Frühjahr 1919 auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf zusammengestellt.

Der Stab des III.Bataillons, die 9.Kompanie, die 2.Grenadiersturmkompanie und die M.G.K. waren aus dem I.R.82 (Göttingen) hervorgegangen, während die 7. und 8.Kompanie thüringischen Truppenteilen entstammten.

Führer der 7. oder 8.Kompanie war der heutige General d.Inf.a.D. Blumentritt; ich führte die 9.Kompanie.

Das Freikorps war an der Einnahme und Befreiung Münchens beteiligt; sein Aufenthalt in München dauerte von Mai bis Anfang Oktober 1919, abgesehen von einer dreiwöchigen Unterbrechung von Mitte Juni bis Anfang Juli 1919. Während dieser drei Wochen fand das Freikorps in Oberschlesien Verwendung.

Vom 25.7. - 5.10.1919 lag die 9.Kompanie in Oberschleisheim. Während dieser Zeit wurde mir durch das III.Bataillon der Bildungs-
offizier Hitler zu Vorträgen angeboten. Ich nehme an, daß auch die anderen Kompanien des III.Bataillons das gleiche Angebot erhielten. Da ich mich als Kompanieführer für den Geist und die Unter-
richtung meiner Kompanie allein verantwortlich fühlte, lehnte ich Vorträge durch Hitler ab. Im übrigen hatte ich damals keine Ahnung, wer Hitler war. Die Ablehnung seiner Vorträge beruhte auf der grundsätzlichen Auffassung von der alleinigen Verantwortlichkeit eines Disziplinarvorgesetzten für die Aufklärung und Beeinflussung seiner Truppe.

Friedrich Hoßbach.

78 7412-17

Institut f. Zeitgeschichte
MÜNCHEN
ARCHIV
266/52

Niederschrift Nr.2

Göttingen, den 12.7.1951.

Hofbach

Von einer längeren Krankheit (spontan pneumothorax) genesen, verließ ich Göttingen am 13. Mai 1943 früh, um die Führung der 31.I.D. an der Ostfront zu übernehmen. Die Division lag in Stellungen vor Kirow (LVI.Pz.K., 4.Armee, Heeresgruppe Mitte).

In Hannover hatte ich etwa 2 Stunden Aufenthalt, den ich mit vier Offizieren (Oberstlt. Veith, Hptm. Peters, Hptm. Graf v. Bothmer und Lt. Köhler) des I.R.82 "im Hotel Ernst August bei einer Flasche Fachinger"¹⁾ verbrachte. Vom Bahnhof Zoo in Berlin, wo ich am frühen Nachmittag des 13.5. eintraf, begab ich mich in einem Pkw., den die Zentralabteilung des Generalstabes zur Verfügung gestellt hatte, über General Hemmerich (siehe S. 2) in die Charité, um den Generalobersten Beck zu besuchen.

"Onkel Ludwig (so nannte ich Beck in meinem Familienkreise) saß im Lehnstuhl, eine Zigarre rauchend; er ist nach sehr kritischen Tagen auf dem Wege der Besserung, wurde wegen Beschwerden am Darmverschluß operiert. Zu Deiner Kenntnis: Wir sind einer Meinung. Um dies festzustellen, bedurfte es nur eines kurzen Beisammenseins."²⁾

Das Gespräch zwischen Beck und mir bezog sich auf die Gesamtlage und sein persönliches Ergehen. Hinsichtlich des Letzteren erzählte er mir, daß sein Zustand einen wiederholten chirurgischen Eingriff notwendig gemacht hatte, er beim Professor Sauerbruch in besten Händen sei und dieser ihn eingeladen habe, sich auf dem Sauerbruchschen Landsitz zu erholen.

Was die Gesamtkriegslage anbetraf, deckten sich unsere Auffassungen. Wir waren der Ansicht, daß der Krieg von Deutschland nicht mehr zu einem erfolgreichen Ende geführt werden konnte und daher politisch, sobald wie möglich, zu beenden war. Aus diesem Grunde hatte Beck, wie er mir erzählte, eine ausführliche Beurteilung der Lage dem Feldmarschall v. Kluge zugehen lassen. Beck war der Meinung, daß Kluge der einzige obere General war, der Kraft seiner Persönlichkeit und seiner Stellung in der Lage war, im Sinne der Beendigung des

1) Brief an meine Frau vom 13.5.1941. 1943

2) Brief an meine Frau vom 13.5.1941. 1943

Krieges auf Hitler einzuwirken. Bezüglich der Person Kluge gingen Beck und meine Ansicht ~~xxxxx~~ auseinander. Ich enthielt ihm nicht vor, daß ich (auf Grund meiner Erfahrungen im Fall Fritsch) keinem der oberen Generale das Format zutraute, Hitler entsprechend entgegenzutreten. Bei diesem Gespräch wurde auch nicht die leiseste Andeutung von Beck gemacht, die darauf schließen ließ, daß er an gewaltsame Änderung des regierenden Systems denken könnte. Er war der Meinung, daß ein geschlossener Schritt der Oberbefehlshaber der Heeresgruppen unter Kluges Führung Hitler zur Vernunft bringen müßte. Beck wußte, daß ich das Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte in Smolensk aufsuchen wollte. Er gab mir Grüße, aber keinen Auftrag für Kluge mit, auch bat er mich nicht, Kluge auf seinen Brief anzusprechen. Von Tresckow, dem Ia des F.M.v. Kluge, sprach er kein Wort. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob zu diesem Zeitpunkt (Mai 1943) bereits Beziehungen zwischen Tresckow und Beck bestanden haben. Und vorher, also während der Amtszeit Becks als Chef des Generalstabes, haben persönliche oder nähere dienstliche Beziehungen zwischen Beck und Tresckow nicht bestanden. Tresckow war junger Mann in der Operationsabteilung und einer der vielen jungen Generalstabsoffiziere, die für den Generalstabschef nur gelegentlich als Gehilfen der Abteilungschefs in untergeordneter Rolle sichtbar wurden.

Ich verließ Beck am 13. Mai mit dem Eindruck, daß er unsere politische und militärische Situation absolut klar übersah und er von seinem Brief an Kluge erhoffte, daß dieser sich zu einem mannesmutigen Auftreten gegenüber Hitler veranlaßt sah. Attentat, Putsch, Staatsstreich oder sonst irgendeine Gewaltanwendung spielten in dem Gespräch keine Rolle.

Das Abendessen am 13. 5. nahm ich mit dem Obersten v. Ziehlberg und dem Major Graf v. Kirchbach im Hotel Brüstol ein. Beide brachten mich anschließend zu dem Kurierzug nach Ostpreußen an den Schlesischen Bahnhof. Ziehlberg schilderte mir in drastischer Weise die "Handlangerstellung", auf die der Generalstab seit September 1938 abgesunken war; er bestätigte die Eindrücke, die mir der Generalmajor Hemmerich (Leiter der kartographischen Abteilung), den ich auf der Fahrt vom Bahnhof Zoo zur Charité kurz besucht hatte, vermittelt hatte. Hemmerich war über die Mißstände und die Ziellosigkeit des O.K.H. so erbittert, daß er den Abschied nehmen wollte. Hemmerich behauptete, daß seit meinem Weggang bei Hitler (Januar 1938) das O.K.H. und vor allem der Generalstab immer mehr ihre Selbständigkeit verloren hätten.

Am 14. Mai sprach ich im O.K.H. (Ostpreußen) u.a. Zeitzler und Heusinger. Die Begegnung mit Zeitzler war belanglos; bei Heusinger erfuhr ich, daß meine Division (31. I. D.) für eine Teilnahme an der Operation "Zitadelle" in Betracht kam. Diese Mitteilung überraschte

nich nicht nur, sondern beunruhigte mich geradezu, weil ich eine Offensive deutscherseits mit Rücksicht auf die Gesamtlage und die mit Sicherheit zu erwartende russische Sommeroffensive für völlig fehl am Platze hielt. Offensive hieß nichts anderes als Aufopferung der letzten Reserve. Meine Frage, ob Hitler und das O.K.H. diese Offensive unbedingt führen wollten und die letzte Entscheidung schon gefallen sei, verneinte Heusinger. Er gab an, daß die Entscheidung von der Stellungnahme der beiden beteiligten Heeresgruppenoberkommandos abhängig sei. Hierbei erzählte er, daß - außer dem F.M.v. Rundstedt - keiner der höheren Führer seine Ansichten gegenüber Hitler mannhaft vertreten hätte. Aus diesem Gespräch mit Heusinger nahm ich den bestimmten Eindruck mit, daß die Operation "Zitadelle" keinesfalls eine beschlossene Sache war, sondern die Entscheidung von den Vorschlägen der Heeresgruppenoberkommandos abhängig gemacht wurde.

Der Oberst a.D. Graf v. Kielmannsegg (1942/44 in der Operationsabteilung) hat Weihnachten 1947 oder 1948 einen Tatsachenbericht "Im Hauptquartier des Feldherrn" veröffentlicht. Dieser Artikel befaßt sich auch mit der Verantwortlichkeit für die Operation "Zitadelle", die Kielmannsegg allein Hitler beizulegen versucht. Das ist eine historische Unrichtigkeit, die nicht nur durch mein Gespräch mit Heusinger, sondern auch durch die Erinnerungen von Guderian und Heusingers "Befehl im Widerstreit" widerlegt ist. Der geistige Urheber der "Zitadelle" scheint Zeitzler mit seiner Operationsabteilung gewesen zu sein. Die Verantwortlichkeit für die "Zitadelle" nach ihrem katastrophalen Ausgang auf Hitler, für den ich weiß Gott keine Lanze zu brechen Anlaß habe, abzuschieben, beleuchtet die Verantwortungsbereitschaft der Männer der Operationsabteilung.

General Frhr. Treusch v. Buttler-Brandenfels (langjähriger erster Generalstabsoffizier im Wehrmachtsführungsstab im Kriege) erzählte mir in Nürnberg im Januar 1948, das O.K.W. (Jodl) sei gegen die "Zitadelle" eingestellt und Hitler nicht auf sie versessen gewesen, dagegen sei der Generalstab des Heeres (Zeitzler) der geistige Urheber und Verfechter dieser Operation gewesen.

Am 15. Mai flog ich von Ostpreußen nach Smolensk, dem Sitz des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte. Der Chef des Stabes, General v. Greiffenberg, war für mehrere Wochen abwesend. Er wurde durch den Ia, Oberst v. Tresckow, vertreten. Diesem machte ich einen Besuch, um mich über die Lage der 31. I.D. zu unterrichten. Ich erfuhr, was mir Heusinger bereits am Tage vorher gesagt hatte - daß die 31. I.D. aus ihrer jetzigen

1) in der Zeitung "Das Andere Deutschland".

Stellung bei Kirow voraussichtlich in nächster Zeit herausgelöst werden und an der Operation "Zitadelle" teilnehmen sollte. Aus der Zeit meiner Tätigkeit als Chef der Zentralabteilung des Generalstabes kannte ich Tresckow und benutzte die Gelegenheit, ihm meine schärfsten Bedenken gegen eine Offensive an der Ostfront auszudrücken. Tresckow versuchte mit Engelszungen mich von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Operation "Zitadelle" zu überzeugen. Es gelang ihm nicht. Meine Einwände erfolgten nicht vom Standpunkt eines Divisionskommandeurs. Ich war infolge einer Lungenerkrankung 10 Monate der Front fern gewesen und mußte mir daher kein Urteil über den derzeitigen Zustand der Truppe an. Meine Einwände begründete ich mit der politischen und militärischen Gesamtlage.

Tresckow führte zur Begründung der Offensivoperationen an: Hitler habe die freiwillige Zurücknahme des in die russischen Linien vorspringenden Frontbogens um Orel auf die Schne Brianak abgelehnt. Eine russische Offensive großen Stiles sei im Sommer 1943 zu erwarten. Der russische Frontbogen um Kursk, der weit nach Westen in die deutsche Aufstellung hineinragte, böte sich für eine deutsche Offensive geradezu an. Der Bogen um Kursk gäbe die Gelegenheit, starke russische Kräfte durch beiderseitige Umfassung vernichtend zu treffen. Gelingen diese Operation, dann sei der russische Angriffsplan gestört und wir hätten zugleich den Vorteil, einer kräftesparenden Frontbegradigung in der Linie Belgorod - Orel vorzunehmen.

Tresckow kam sodann auf die Verfahrenheit in der militärischen Spitzengliederung zu sprechen. Er erzählte, daß er den Feldmarschall v. Manstein aufgesucht habe, um diesen zu einem gemeinsamen Schritt der Oberbefehlshaber der Heeresgruppen der Ostfront bei Hitler zu bewegen. Manstein habe abgelehnt. Sein eigener O.B. (Kluge) sehe die Notwendigkeit, eine geordnete Führung des Heeres durch Wiedereinsetzung eines Generals als Ob.d.H. herbeizuführen, nicht ~~er~~. Kluge sei aber bisher nicht zu bewegen gewesen, in diesem Sinne bei Hitler vorstellig zu werden. Tresckow bat mich daher, auf Kluge entsprechend einzuwirken. Das sagte ich ihm zu. Im Punkte der Herstellung einer verantwortungsbewußten und fachmännischen obersten militärischen Leitung des Krieges sah Kluge (nach Tresckows Urteil) klar, nicht aber in der Beurteilung der Gesamtkriegslage. Aus Tresckows Ausführungen ging hervor, daß er selbst den Ernst der Gesamtsituation voll erfaßt hatte und einen erfolgreichen Abschluß des Krieges mit den Waffen nicht mehr für möglich hielt. Ich hatte den Eindruck, daß er sich darüber klar war, daß eine politische Beendigung des Krieges, mit Hitler als Verhandlungspartner für die Feindmächte nicht zu erwarten war. Andererseits hatte ich

nicht den Eindruck, daß er damals an einer Beseitigung Hitlers im Wege der Gewaltanwendung arbeitete. Er suchte nach dem "starken Mann", ohne zu wissen, wo er ihn finden konnte. Ich entnahm seinen Ausführungen, daß er mit Beck zu dieser Zeit noch nicht in Verbindung stand. Das Flugzeugattentat auf Hitler, das Schlabrendorff in "Offiziere wider Hitler" schildert, erwähnte er mit keinem Wort.

Aus meiner Meldung als neuernannter Kdr. der 31.I.D., die ich dem Feldmarschall v.Kluge machte, wurde ein Gespräch unter vier Augen von fast zweistündiger Dauer. Auch Kluge kannte ich aus vielen persönlichen Gesprächen und dienstlichen Begegnungen sehr gut. Zunächst drückte mir Kluge sein Erstaunen darüber aus, daß ich durch das H.P.A. ohne sein Wissen zum Kdr. der 31.I.D. (der ich von Oktober 1938 bis Januar 1942 als Rets.Kdr.I.R.82 und vom Ende Januar bis 1.3.42 als Divisionsführer bereits angehört hatte) aus. Dann trug er mir auf, der 31.I.D., die an Schwungkraft eingebüßt hatte, ihren alten Kampfwert zurückzugeben. Auch er teilte mir mit, daß die 31.I.D. für die Angriffsoperation "Zitadelle" von ihm vorgesehen sei. In Fragen der "Zitadelle" nahm er genau den gleichen Standpunkt wie Tresckow ein. Beide waren aus Überzeugung für die Durchführung der Operation. Es besteht für mich kein Zweifel, daß Kluge und Tresckow nicht auf Grund irgendwelcher Befehle Hitlers, sondern aus eigener Urteilsbildung die Notwendigkeit der Schlacht von Kursk ("Zitadelle") bejahten. Die geistige Urhebererschaft ist bei Zeitzler und seiner Operationsabteilung zu suchen, Kluge und Tresckow hatten sich aber die Idee der Operation voll zu eigen gemacht und haben an deren Ausführung bis zum Schluß festgehalten. Allen Einwendungen, die ich gegen die "Zitadelle" ins Feld führte, verschloß sich Kluge. Es zeigte sich, daß er die Lage an der Ostfront und die Gesamtkriegslage weniger ungünstig ansah als ich. Hierbei kam er von sich aus auf das Schreiben Becks zu sprechen. Kluge sprach Beck die Möglichkeit ab, sich ein zutreffendes Bild über die Lage an den Fronten aus der Abgeschlossenheit seines Ruhesitzes in Berlin machen zu können. Er hielt Becks Beurteilung für zu pessimistisch. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Feläm.v.Kluge meine sehr viel ernstere Auffassung der Lage Deutschlands vorzutragen und appellierte unter Berufung auf sein Ansehen in der Truppe an sein Verantwortungsgefühl vor dem Volke. Ich ließ ihm keinen Zweifel, daß der Krieg militärisch nicht zu gewinnen war und ein grundlegender Wechsel in der Führung des Krieges vorgenommen werden mußte, wobei ihm als dem Ältesten der Heeresgruppen-Oberbefehlshaber ein besonderes Maß

an Verantwortung zufiele. Kluge verhielt sich meinen Gedanken gegenüber sehr zugänglich. Er sprach über die unhaltbaren Befehlsverhältnisse im O.K.H. und O.K.W. und erzählte von seinen häufigen, bis zu zwei Stunden dauernden Telefongesprächen, die er mit Hitler zu führen hätte. Er müsse hierbei oft einen erheblichen Stimmaufwand aufbringen, um sich bei Hitler, der ein "komischer Mann" sei, Gehör zu verschaffen. Kluge war ohne Zweifel durch das Gespräch bewegt worden. Als ich ihn verließ, sagte er mir, zu gegebener Zeit handeln zu wollen. Zugleich lud er mich zum Abendessen ein und bat mich, kein politisches Thema bei Tisch anzuschneiden, da sein Ila (ein Oberst) "undurchsichtig" sei. Das H.P.A. habe den Ila, ohne ihn ^(Kluge) zu befragen, in das Oberkdo. der Heeresgruppe versetzt.

Treckow machte mich vor Tisch darauf aufmerksam, daß Kluge die Tafel, zu der nur ein kleiner Kreis gehörte, gegen 22.00 Uhr aufzuheben pflege. Das trat aber am 15.15. nicht ein, Kluge blieb in angeregtester Unterhaltung bis nach Mitternacht sitzen. Im Verlauf des Abends sagte er mir unauffällig etwa: "Sie können sich darauf verlassen, es wird etwas geschehen."

Karl Heinz Hoffmann

Niederschrift Nr. 3

Ich war während des Rußlandfeldzuges 1941/42 Kommandeur des I.R.82 bis 21.1.1942 gewesen und hatte anschließend die 31.I.D. (Regter. 12, 17, 82) bis zum 1.3.42 geführt. Dann wurde Generalmajor Berthold, der frühere Divisionskommandeur, wieder an die Spitze der 31.I.D. gestellt. Berthold hatte vom 21.1. - 1.3.42 das XXXVIII.A.K. befehligt. Seine Rückversetzung zur 31.I.D. erfolgte, wie mir General Bodwin Keitel, Chef H.P.A., Anfang März 1942 in Ostpreußen erzählte, weil Berthold den Anforderungen, die an einen Kommandierenden General zu stellen waren, sich nicht gewachsen gezeigt hatte. Um Berthold nicht zu sehr zu kränken, habe das H.P.A. ihm seine alte Division (31.I.D.) wieder gegeben.

Ich war am 1.3.1942 daher stellungslos. Meine Bitte, mich wieder zum Kommandeur des I.R.82 zu machen, war durch das H.P.A. abgeschlagen worden. Ich sollte eine andere Division bekommen und wurde zunächst in die Führerreserve O.K.H. (Standort Göttingen) versetzt. Am 1.3.1942 verließ ich die 31.I.D., die in Stellungen bei Juchnow (Div.Gef.Std. Motschalowo) lag, und fuhr im Pkw. über Roslawl nach Smolensk zum Oberkommando der Heeresgruppe Mitte.

Am 2.3.42 empfing mich Feldmarschall v. Kluge zur Abmeldung. Er ließ sich eingehend über die Lage an der Front und den Zustand der 31.I.D. unterrichten. Bei der Erörterung der Winterkämpfe kamen wir auch auf die Operationen der 2. Panzerarmee, zu der die 31.I.D. von Ende Oktober bis zum 18.12.1941 gehört hatte, zu sprechen. Hierbei erwähnte der Feldmarschall, daß die eigenwillige Führungsmethode Guderians große Schwierigkeiten verursacht habe und die höhere Führung über die Absichten Guderians nicht selten im Unklaren gewesen wäre. Sehr viel schärfer sprach sich der Generaloberst Halder am folgenden Tage (3.3.42) über Guderian aus. Über dieses Gespräch schrieb ich am 6.3.1946 für meine eigenen Zwecke nieder:

"Von den Besuchen, die ich im O.K.H. (am 3.3.42) abstattete, ist mir der beim Generaloberst Halder, dem Chef des Generalstabes des Heeres, noch in besonderer Erinnerung. Halder - bis zu Tränen gerührt - sprach mir Dank und Anerkennung für die Leistungen meines Regimentes aus und unterhielt sich dann längere Zeit mit mir über den Rußlandfeldzug. Als ich auch auf den 5.12.41, der so bedeutungsvoll für mein Regiment¹⁾ und nach meinem Ermessen auch für die größere Lage gewesen war, einging, schilderte mir Halder die Schwierigkeiten, die der Obersten Führung aus der Eigenwilligkeit des Generalobersten Guderian erwachsen seien.

Guderian habe es an Klarheit der Orientierung seiner vorgesetzten Dienststellen fehlen lassen, sodaß er (Halder) nur schwer zu klarer Beurteilung der Verhältnisse bei der Armee Guderian habe kommen können. Im Interesse der Sache habe er daher die Forderung erhoben, daß "entweder er oder Guderian ginge". Als ich Halder auf meine Erfahrung hinwies, daß die "Improvisation seitens der Truppe" ein Hauptmerkmal dieses Feldzuges geworden sei, erwiderte Halder mit Leidenschaft, daß der jetzige Krieg "der Krieg des Willens" sei. Ein Schlagwort, das mich bedenklich machte und das ich mit Bedauern aus dem Munde eines Fachmannes hörte, der der entscheidende Ratgeber des Führers für das Heer war."

- 1) Am 5.12.1941 hatte die 31.I.D. einen Angriff gegen Tula auf Befehl Guderians zu führen, obwohl Guderian eindringlich durch den Kdr.31.I.D. gewarnt worden war. Allein das I.R.82 verlor bei diesem Angriff, der bei - 35° geführt werden mußte, etwa 100 Gefallene und Verwundete und 800 Mann an Erfrierungen.

Ernst Stiefel

XX

30. 12. 1954

Herrn
General a.D. Friedrich Hossbach

Kr/mil.

G ö t t i n g e n
Wilhelm Weber-Str. 11



Sehr verehrter Herr General!

In der Anlage möchte ich mir erlauben, Ihnen Abdrucke zweier in diesem Jahre erschienener Arbeiten von mir zu übersenden, in der Hoffnung, dass der Inhalt Sie interessieren wird. Der Aufsatz über den 30. Juni 1934 beruht neben dem bei uns gesammelten Zeugenschrifttum und der einschlägigen Literatur auf den durch das nachträgliche Verfahren der Münchner Generalstaatsanwaltschaft angefallenen Akten, die uns nur vorübergehend zur Einsicht überlassen wurden, weshalb ich auch auf Quellennachweise bei dieser für ein grösseres Publikum bestimmten Veröffentlichung verzichtet habe. Bei der zweiten Anlage handelt es sich um den ersten Teil einer Arbeit über "Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler". Unter dem Namen "Europäische Publikation" arbeitet hier ein Kreis um den Gen.Maj. a.D. von Witzleben (Vetter des hingerichteten Feldmarschalls) an der Geschichte der militärischen Opposition. Dieser Kreis hatte mich um den im ersten Teil nunmehr vorliegenden Beitrag gebeten.

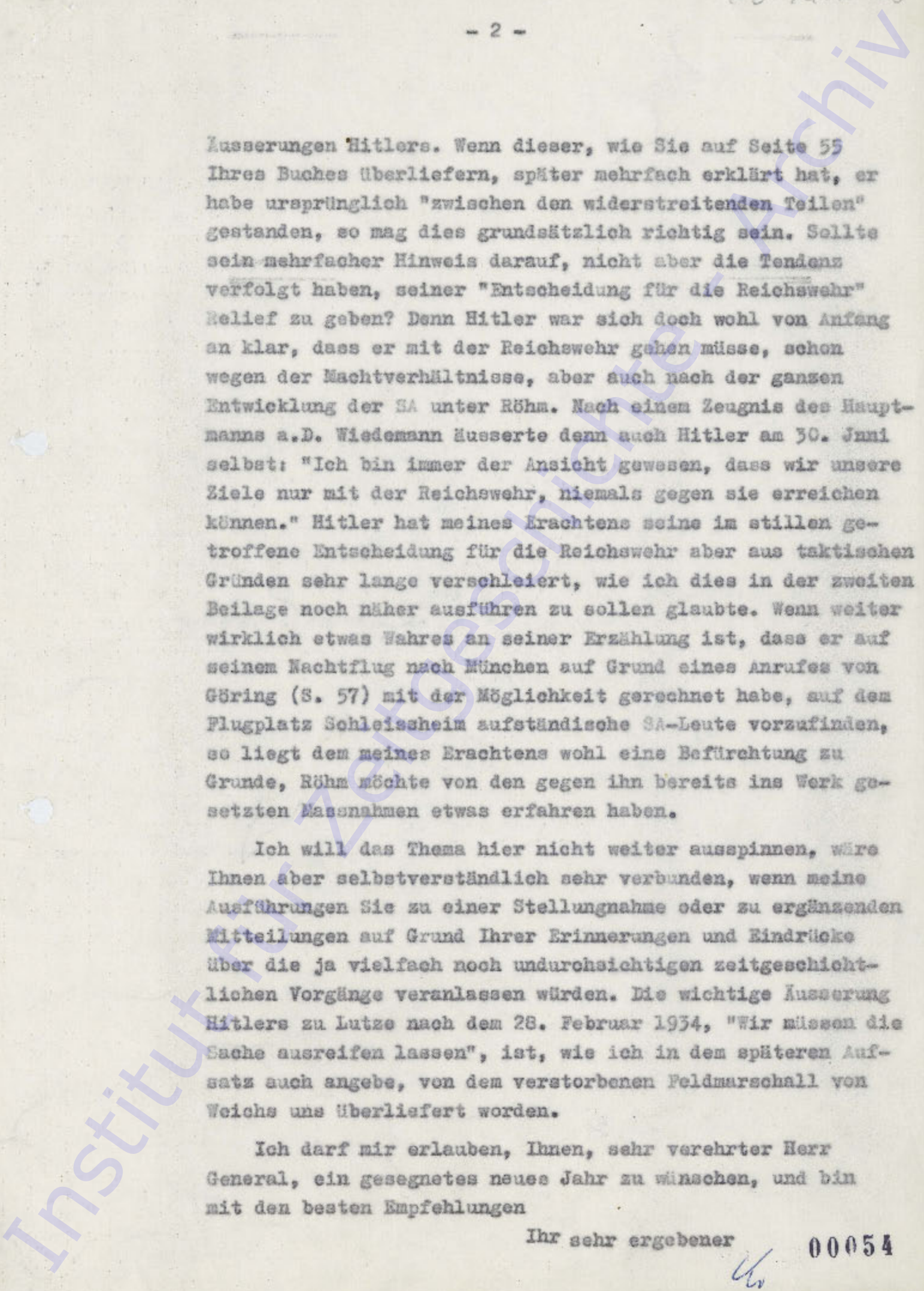
Ich möchte hoffen, dass Sie, Herr General, trotz der von mir vielfach geäußerten Kritik in dem Artikel "Widerstand", erkennen werden, dass mir ein gerechtes Gesamturteil am Herzen liegt. Sie werden weiter feststellen können, dass ich auch aus Ihren Veröffentlichungen wertvolle Belehrung schöpfen konnte. Sehr interessant waren mir z. B. Ihre Ausführungen zur Geschichte des 30. Juni, insbesondere auch Ihre Mitteilungen über rückschauende

Äusserungen Hitlers. Wenn dieser, wie Sie auf Seite 55
 Ihres Buches überliefern, später mehrfach erklärt hat, er
 habe ursprünglich "zwischen den widerstreitenden Teilen"
 gestanden, so mag dies grundsätzlich richtig sein. Sollte
 sein mehrfacher Hinweis darauf, nicht aber die Tendenz
 verfolgt haben, seiner "Entscheidung für die Reichswehr"
 Relief zu geben? Denn Hitler war sich doch wohl von Anfang
 an klar, dass er mit der Reichswehr gehen müsse, schon
 wegen der Machtverhältnisse, aber auch nach der ganzen
 Entwicklung der SA unter Röhm. Nach einem Zeugnis des Haupt-
 manns a.D. Wiedemann äusserte denn auch Hitler am 30. Juni
 selbst: "Ich bin immer der Ansicht gewesen, dass wir unsere
 Ziele nur mit der Reichswehr, niemals gegen sie erreichen
 können." Hitler hat meines Erachtens seine im stillen ge-
 troffene Entscheidung für die Reichswehr aber aus taktischen
 Gründen sehr lange verschleierte, wie ich dies in der zweiten
 Beilage noch näher ausführen zu sollen glaubte. Wenn weiter
 wirklich etwas Wahres an seiner Erzählung ist, dass er auf
 seinem Nachtflug nach München auf Grund eines Anrufes von
 Göring (S. 57) mit der Möglichkeit gerechnet habe, auf dem
 Flugplatz Schleissheim aufständische SA-Leute vorzufinden,
 so liegt dem meines Erachtens wohl eine Befürchtung zu
 Grunde, Röhm möchte von den gegen ihn bereits ins Werk ge-
 setzten Massnahmen etwas erfahren haben.

Ich will das Thema hier nicht weiter ausspinnen, wäre
 Ihnen aber selbstverständlich sehr verbunden, wenn meine
 Ausführungen Sie zu einer Stellungnahme oder zu ergänzenden
 Mitteilungen auf Grund Ihrer Erinnerungen und Eindrücke
 über die ja vielfach noch undurchsichtigen zeitgeschicht-
 lichen Vorgänge veranlassen würden. Die wichtige Äusserung
 Hitlers zu Lutze nach dem 28. Februar 1934, "Wir müssen die
 Sache ausreifen lassen", ist, wie ich in dem späteren Auf-
 satz auch angebe, von dem verstorbenen Feldmarschall von
 Weichs uns überliefert worden.

Ich darf mir erlauben, Ihnen, sehr verehrter Herr
 General, ein gesegnetes neues Jahr zu wünschen, und bin
 mit den besten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener 00054



ZS 74/2-24 25 74 II

Friedrich Hossbach

Göttingen, den 10.1.1955.

Institut f. d. Geschichte
München
ARCHIV
1807/56

Institut für Zeitgeschichte
Eingeg. am 2. Jan. 1955
Tgb.-Nr. Ka
W

Sehr verehrter Herr Dr. Krausnick!

Für die freundlichen Zeilen vom 30.12.54 und die Liebenswürdigkeit, mir Ihre beiden Arbeiten zu übersenden, danke ich Ihnen vielmals. Es bedarf keiner näheren Begründung dafür, dass ich Ihre Ausführungen mit grossen Interesse gelesen habe. Die Sachlichkeit, mit der Sie beide Themen behandelt und kritisch dargestellt haben, wirkt wohl-tuend. Zu den Erzählungen Hitlers über die Begebenheiten vor und am 30.6.1934 vermag ich keine wesentlichen Gesichtspunkte mehr an-zugeben. Was ich zu sagen hatte, ist in meinem Buch erwähnt. Ich halte Hitlers nachträgliche Erzählungen mir gegenüber bezüglich seines Schwankens zwischen Reichswehr und SA für zutreffend; Sie charak-terisieren einen seiner wesentlichen Züge - nämlich die seltsame Mischung von Zielstrebigkeit und Unentschlossenheit, von Ausweichen vor einer Entscheidung und dann eruptiv verursachten leidenschaft-lichen Handeln. Man könnte zahlreiche Beispiele dafür anführen, dass zwischen Wort und Tat bei Hitler keine Übereinstimmung bestand. Viele seiner Ankündigungen sind, wie wir zur Genüge wissen, nicht erfüllt worden.

Nur zu einem Punkt Ihrer "Vorgeschichte" darf ich eine kurze Bemerkung machen: Die Rolle des Heeres in der Weimarer Zeit ist zweifellos ganz entscheidend durch die politischen Umstände, unter denen es lebte, bestimmt worden - nämlich wesentlich durch das Sichversagen der Einrichtungen und Träger der Republik. Trotz der auf S.170 er-wähnten "Eigengesetzlichkeit pp" lebte das 100 000 Mann-Heer nicht etwa - wie man es heute aus zweckbestimmten Gründen häufig hört - isoliert im Volke; ganz im Gegenteil, weite Kreise unseres Volkes nah-men an dem Leben seiner Soldaten damals starken Anteil. Das freiwillige Berufsheer ist kein Fremdkörper im deutschen Volk gewesen. Dafür lassen sich zahlreiche Beweise beibringen. Vielleicht interes-siert Sie beiliegende kleine Ansprache, die ich bei der ersten Zusam-menkunft meines Regiments nach 1945 vor rund 2000 Regimentsangehörigen hielt.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Hossbach

00055

15. 3. 1955

Herrn
General a. D.
Friedrich Hoebach

Kr/mü.

G ö t t i n g e n
Wilhelm Weber-Str. 11

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1849/56

Sehr verehrter Herr General!

Zunächst möchte ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 10. 1. 1955 nachträglich meinen aufrichtigen Dank sagen. Ihre Bemerkungen habe ich mit grossem Ernst zur Kenntnis genommen, übrigens hat mir auch Herr Generaloberst Halder über die Rolle des 100.000-Mann-Heeres in der Weimarer Zeit Ähnliches geschrieben. Auch für den beigelegten Abdruck der Ansprache, die Sie bei dem Treffen Ihres Regiments nach 1945 gehalten haben, danke ich Ihnen vielmals.

Darf ich mir heute erlauben, einige Fragen an Sie zu richten, für deren Beantwortung ich Ihnen sehr verbunden wäre? Es handelt sich dabei um einige Vorgänge, deren Aufklärung mir für die Fortsetzung meiner Darstellung wertvoll sein würde. Falls Sie selbst eine Auskunft nicht erteilen können, so sind Sie vielleicht in der Lage, mir zu sagen, wen ich sonst mit Aussicht auf Erfolg befragen könnte.

1. Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob die Erklärung Mackensens über den Tod der Generale von Schleicher und von Bredow vor der "Vereinigung Graf Schlieffen" am 28. Februar 1935 vor ihrer Abgabe oder doch hinsichtlich ihres (in dem vervielfältigten Bericht wiedergegebenen) Wortlauts mit Hitler abgestimmt war? Haben Sie vielleicht erfahren, wie Hitler auf die Erklärung reagiert hat? Meissner bemerkt in seinen Memoiren, Seite 373: "Die Verbreitung der Ansprache wurde von Göring sofort verboten; nur einem kleinen Kreise politischer Persönlichkeiten

g F 14 v

V Verbreitung in
der Reichsflagge
Form Name
schwerlich ohne
seiner Kenntnis
erfolgt sein

konnten Schreibmaschinendurchschläge dieser Ansprache Mackensens zugestellt werden. Hitler wurde sie durch Blomberg vorgelegt, sie erzürnte ihn gewaltig, sonst aber reagierte er in keiner Weise darauf." Diese Angaben sind wohl kaum völlig zutreffend. Bei dem Verbot Görings könnte es sich wohl nur ^{auf eine} um die öffentliche Verbreitung der Erklärung ^{besorgen haben} handeln. Aus Meissners Bemerkung geht auch nicht ganz klar hervor, ob der Wortlaut von Blomberg Hitler erst nachträglich vorgelegt worden ist. Trifft es schliesslich nach Ihrer Kenntnis der Dinge zu, dass der Erklärung "eine inoffizielle ehrengerichtliche Nachprüfung" des Falls vorausging? Bezieht sich die Bemerkung in dem Bericht der "Vereinigung Graf Schlieffen" über die Mitgliederversammlung vom 28. 2. 35, dass "sinnentstellende Missdeutungen" über den persönlichen Zusatz Mackensens zu der Erklärung über Schleichers und Bredows Tod (dass sie nämlich "ohne Verletzung ihrer Ehre auf einem Schlachtfelde gefallen seien, auf das sie ihr Geschick geführt habe") bedauerlicherweise in die Presse gebracht worden seien, nach Ihrer Erinnerung auf ausländische oder auch auf deutsche Zeitungen? Ich habe bisher in deutschen Zeitungen Meldungen darüber nicht feststellen können.

2. Zu Seite 32 Ihres Buches wüsste ich gern, ob von Fritsch bzw. von Blomberg tatsächlich versucht worden ist, die Aufstellung bewaffneter SS-Verbände wieder rückgängig zu machen.

3. Rauschnig spricht in seiner "Revolution des Nihilismus" von einem Konflikt des Wehrkreisbefehlshabers I im Herbst 1934 mit der SS, die in Ostpreussen über schwere Waffen verfügt habe. Brauchitsch habe diese Waffen beschlagnahmen lassen. Das Ende aber sei gewesen, dass zwar der zuständige SS-Gruppenführer mit Beförderung versetzt, Brauchitsch jedoch angewiesen wurde, die Waffen freizugeben. Ist Ihnen etwas hierüber bekannt, oder könnten Sie sagen, wer zu diesem Konflikt Näheres berichten kann?

4. Bedeutet in der Aufzeichnung Fritschs (auf Seite 71 Ihres Buches) die Bemerkung: "Das in Gegenwart des Ministers und zahlreicher Offiziere!", dass Göring seine Behauptung über den geplanten Vortrag von Carl Schmitt in Gegenwart des Ministers und zahlreicher Offiziere ausgesprochen hat, oder dass der ominöse Vortrag, in welchem ein Putsch angeblich als staatsrechtlich erlaubt hingestellt werden sollte, in Gegenwart des Ministers und zahlreicher Offiziere erfolgen sollte?

5. Wären Sie, sehr verehrter Herr General, bereit und in der Lage, über die angestellten Erwägungen über eine Gegenaktion des Heeres nach dem Sturz Fritschs noch etwas nähere und konkretere Angaben zu machen, auch etwa was die gegebenen Möglichkeiten, Aussichten usw. angeht (Seite 141, 144/45 Ihres Buches)? Sehr zutreffend scheint mir Ihr Hinweis, dass die Voraussetzung für eine Gegenwehr die alsbaldige Orientierung der Befehlshaber (über die unerhörten Vorgänge) von seiten Fritschs gewesen wäre.

Mit der Bitte, mir meine Wissbegier nicht verübeln zu wollen, bin ich, sehr verehrter Herr General, mit den verbindlichsten Empfehlungen und den besten Grüßen

Ihr
sehr ergebener



(Dr. H. Krausnick)

Institut für Zeitgeschichte	
Eingeg. am 22. März 1955	
Tgb.-Nr.	Ka
Kr	

Institut für Zeitgeschichte München ARCHIV
1849/56

Sehr geehrter Herr Dr. Krausnick!

Mehr als zwei Jahrzehnte sind seit den Ereignissen am 30.6.34 vergangen. Je größer der zeitliche Abstand wird, umso mehr bedarf es der Zurückhaltung und Vorsicht bei der Abgabe von Ansichten und Urteilen, um die sich auf das Erinnerungsvermögen stützen. Unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes möchte ich Ihren Brief vom 15.3. beantworten.

Zu Punkt 1: Ich kann nicht angeben, ob die Erklärung Mackensens vor der Vereinigung Graf Schlieffen am 28.2.35 überhaupt, zu welchem Zeitpunkt und durch welche Persönlichkeit zur Kenntnis Hitlers gebracht worden ist. Sicher ist mir indessen, dass ich selbst von Blomberg nicht beauftragt war, diese Erklärung Hitler vorzutragen; ich halte es wohl für möglich, ja, nach Lage der Dinge für wahrscheinlich, dass Blomberg mit Hitler über sie gesprochen hat. An eine Reaktion Hitlers auf ein diesbezügliches Gespräch mit Blomberg habe ich keine Erinnerung.

Das von Meisener erwähnte Verbot Görings ist mir unbekannt.

Ich weiss nicht mehr, durch welches Gremium (ständiges Ehrengericht, oder ad hoc gebildetes) der Schlieffen-Vereinigung der Fall Schleicher-Erdow behandelt worden ist. Wohl meine ich aus meiner damaligen Tätigkeit als Leiter der Personalgruppe (später Zentralabteilung des Genstbes d.H.) mich erinnern zu können, dass sowohl die Generale von Fritsch und Beck als auch der Minister v. Blomberg und sein Wehrmachtamt (Reichenau) mit der Erklärung Mackensens vor ihrer Abgabe am 28.2.35 durch die Schlieffen-Vereinigung (Generalleutnant v. Cramon) befasst worden sind. Auf Äußerungen der in- und ausländischen Presse zur Erklärung Mackensens kann ich mich nicht besinnen. Vielleicht können die Generale Foertsch (München) und Kuntzen (Hannover) Ihnen noch einige Hinweise zu Punkt 1 geben.

Zu Punkt 2: Meine Tätigkeit als Adjutant der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler begann nominell nach dem Tode Hindenburgs, wurde faktisch aber erst gegen Ende 1934 wirksam. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob und welche Schritte seitens des Wehrministeriums unternommen worden sind, um nach dem 30.6.34 die Entstehung der ersten Waffen-SS - Verbände zu verhindern bzw. ihre sofortige Rückgängig-

machung zu fordern. Nachdem ich nach Wirksamwerden meiner Tätigkeit als Adjutant der Wehrmacht selbst ausreichenden Einblick in das Spannungsverhältnis Heer - Waffen-SS und in die Nachgiebigkeit Blombergs gegenüber den Tendenzen der Waffen-SS, in Auffassung und Haltung der leitenden Männer im RWM usw. gewonnen hatte, erwirkte ich bei Hitler die unbedingt notwendige Klarstellung des Verhältnisses zwischen Heer und Waffen-SS und die damit verbundene, auf S. 32 meines Buches erwähnte funktionelle und organisatorische Einengung der Waffen-SS. Diese Klarstellung fand in einer an Blomberg und Himmler gerichteten Verfügung vom Februar Februar 1935 ihren Niederschlag, die ich selbst aufgesetzt hatte, die Hitler sodann unterschrieb und die von Fritsch und Beck, aber auch von Blomberg sehr begrüsst wurde, aber begreiflicherweise bei Himmler keine Freude auslöste. Alle Stellen (Wehrmacht und Waffen-SS) hatten nun eine eindeutige Entscheidung Hitlers gegen ein weiteres Anwachsen der Waffen-SS in der Hand, die den Rücken der militärischen Stellen stärken und den Ehrgeiz der Waffen-SS eindämmen konnte. Beide Seiten wussten nun, dass die Waffen-SS keine militärische Organisation werden, nur eine kleine Polizeitruppe von 2 - 3 Standarten bilden und im Mob-Falle völlig aufgelöst werden sollte.

Zu Punkt 3 : Hierzu können möglicherweise die Generale v. Sodenstern (Frankfurt) und Stapf (München) Auskunft geben.

Zu Punkt 4 : Fritsch hat zweifellos gemeint, dass der ominöse Vortrag in Gegenwart Blombergs und zahlreicher Offiziere erfolgen sollte.

Zu Punkt 5 : Den in meinem Buch gemachten Ausführungen über Möglichkeiten einer Gegenaktion des Heeres beim Sturz Fritschs möchte ich keine weiteren Ausführungen anschliessen. Damals schien mir die Anwendung der Gewalt richtig zu sein; heute glaube ich nach den vielfältigen Einblicken, die ich inzwischen in die Verfassung der Armee und des Volkes getan habe, dass der Versuch, das in sich völlig ungefestigte Heer zum Sturze des Systems anzusetzen, gescheitert wäre. Mit der Waffe liess sich 1938 leider der politische und seelische Zustand unseres Volkes, der durch Schwächen und Fehler der Außen- und Innenpolitik der Weimarer Zeit und der Eigenart der nationalsozialistischen Herrschaft verursacht bzw. herbeigeführt war, nicht mehr rückgängig machen.

Mit verbindlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Hofstaedter

Aufsatz

A b s c h r i f t

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
2051/57

75-7012-29v4

Friedrich Hossbach

Göttingen, 8. 5. 54.

an Prof Roth foto

Wilhelm Weberstr. 11

für Aufsatz betreffend die Artillerie von Meiner Weibchen

Aufsatz über Dünkirchen

Sehr verehrter Herr Professor!

Vielmals danke ich Ihnen für den liebenswürdigen Brief vom 5. 5. und die sehr erfreuliche Nachricht, dass Sie den Scharnhorst-Vortrag übernehmen wollen. Die drei Städte werden, so hoffe ich, ihre gemeinsame Anfrage an Sie noch im Mai absenden.

Zu Ihrer Frage bezüglich Dünkirchen darf ich bemerken:

- a) Bisher habe ich nur einen kleinen Aufsatz über ein Teilgebiet des Problems geschrieben. Der erste Teil dieses Aufsatzes ist in der "Eintracht", die ich mit gleicher Post absende, erschienen; der zweite Teil, der die Operationen des IV. A.K. behandelt, wird voraussichtlich im Hochsommer d.J. veröffentlicht werden. Bei der "Eintracht" handelt es sich um ein Mitteilungs- und Erinnerungsblatt ehem. niedersächsischer und ostpreussischer Truppen. Die Abonnenten gehören naturgemäß den verschiedensten Bildungsschichten an; für ihre Aufklärung ist der Aufsatz, der keine kriegswissenschaftliche Arbeit im höheren Sinne darstellt, bestimmt.
- b) Ausser dem unter a) erwähnten Aufsatz habe ich noch nichts über die Vorgänge von Dünkirchen veröffentlicht und kann es leider vorläufig auch nicht tun, weil die mir bisher zugänglichen Quellen viel zu unzureichend sind. Man braucht zum mindesten die Kriegstagebücher der beteiligten Stäbe und Truppen.
- c) Das Ergebnis meiner bisherigen Studien ist:
 - 1.) Trotz der inzwischen erschienenen Literatur des In- und Auslandes ist mir noch immer zweifelhaft, wer der Urheber des entscheidenden Befehls zum Anhalten der Panzerkorps gewesen ist (ob Hitler nach Rücksprache mit Rundstedt oder Rundstedt mit Wissen bzw. Billigung Hitlers), zu welchem Zeitpunkt der Befehl gegeben ist, und vor allem welchen Inhalt und Wortlaut er hatte.
 - 2.) Entgegen der allgemeinen Behauptung in der mir bekannt gewordenen Literatur pp, dass der Halt-Befehl am 24. 5. ergangen sei, habe ich in einer im Kriege hergestellten

- und nur für einen internen Kreis bestimmten Schrift festgestellt, dass ein Panzerkorps der Gruppe Hoth anscheinend bereits am 23. 5. angehalten worden ist.
- 3.) Ohne eine Nachprüfung der taktischen Lage der einzelnen Verbände am 23. und 24. 5. erscheint es mir zu gewagt, mich zu der wichtigen Frage zu äussern, welche Kräfte der deutschen Panzerkorps am 24. 5. überhaupt in der Lage gewesen wären, den Angriff nach Osten fortzusetzen, falls sie nicht durch den Befehl von oben angehalten wären. Nach meinem vorläufigen Eindruck war z. B. das auf dem Entscheidungsflügel fechtende Korps Guderian (Gruppe Kleist) am 24. 5. - bedingt durch seine eigene taktische Lage - nicht befähigt, mit versammelter Kraft den Stoss nach Osten fortzuführen.
 - 4.) Es fehlt mir für eine zuverlässige Urteilsbildung an Grundlagen zu der Feststellung, ob der taktische Ansatz der Panzergruppe Kleist nicht anders und wirkungsvoller hätte geschehen können.
 - 5.) Ich habe Grund zu der Annahme, dass am 25. 5. der Gedanke eine Rolle gespielt hat, auch die von Osten angreifenden Infanterie-Korps (Heeresgruppe Bock) anzuhalten!
 - 6.) Als wahrscheinlich sehe ich es an, dass die gesamte Einschliessungsoperation zu lange von dem Gedanken beherrscht worden ist, die Engländer und Franzosen um Lille einzukreisen, anstatt - wie es wohl erfolgversprechender gewesen wäre - frühzeitiger anzustreben, den Sack an der Öffnung (Kanalküste) zu schliessen, wozu allerdings eine andere Operationsführung und Schwerpunktbildung auch bei der von Osten angreifenden Heeresgruppe Bock notwendig gewesen wäre. Aus dem zweiten Teil meines unter a) erwähnten Aufsatzes, der im Augenblick beim Verleger ist, würden Sie ersehen können, dass die 6. Armee der Heeresgruppe Bock viel zu lange gegen die Ostfront von Lille operiert hat, anstatt beizeiten den Durchbruch zur Küste bei Dünkirchen anzustreben.
 - 7.) In summa ist zu sagen: Die Beantwortung der Frage, warum die Engländer über Dünkirchen auf ihre Insel entkommen konnten, erfordert nicht nur die Klärung der Urheberchaft und der Wirkung des Halt-Befehls der obersten deutschen Führung, sondern möglichst auch aller auf deutscher und alliierter Seite mitwirkenden Umstände.

Auf Ihre mich ehrende Anfrage, ob ich einen über das rein militärische hinausgehenden Beitrag liefern könnte, muss ich im Augenblick leider mit Nein antworten. Ich will es aber im Auge behalten.

Mit verbindlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener

gez. Hossbach.

Für die Redaktion
der Abwehr
M. Kautzsch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4071/68	Besl. 25 74
Rep. ✓	Kat.

Sehr geehrter Herr Professor!

Einige Reisen liessen mich nicht früher dazu kommen, Ihren Brief vom 15.4. zu beantworten. Mir stehen die Verfassung Preussens und die R.V. vom 16.4.1871 nicht zur Verfügung, auch nicht das pr. Gesetz vom 4.6.1851, das sich mit dem Belagerungszustand befasste. Doch ist ja allgemein bekannt, dass der Kaiser das Recht hatte, den Belagerungszustand über das Bundesgebiet, wobei für Bayern Sonderregelungen galten, ganz oder teilweise zu verhängen und die öffentliche Autorität auf Militärbehörden zu übertragen zwecks Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Frieden und im Kriege. Die pr. Armee ist von F.W.IV bei den innerpolitischen Machtkämpfen 1848/49 und von W.II bei Bergarbeiterstreiks eingesetzt worden, wodurch ebensowenig wie später bei der Reichswehr ihrer Grundhaltung, innenpolitischen Streitfragen fernzubleiben, Abbruch getan wurde.

Die R.V. vom 11.8.1919 gab dem Reichspräsidenten entsprechende Rechte für den Fall des Friedens, wobei die Handhabung des Ausnahmezustandes nicht nur auf Militärbehörden sondern auch auf zivile übertragen werden konnte und tatsächlich auch übertragen worden ist. Der § 48 ist in der Republik ja auch zu wirtschaftlichen Zwecken benutzt worden. Ob eine vollziehende Gewalt in der Weimarer Zeit auch für einen Kriegsfall vorgesehen war, weiss ich nicht. Naturgemäss konnte die R.W. ^{keinen} Wert darauf legen, in "interne politische Dinge" hineingezogen zu werden. Wenn der R.P. aber von seinem verfassungsmässigen Recht Gebrauch machte, die bewaffnete Macht zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einzusetzen, wie es 1919 bis 1923 wiederholt ^{ausgeführt} geschehen ist, hatte sie den Befehl ihres verfassungsmässigen Befehlshabers auszuführen, unabhängig davon, ob ihr diese Verwendung erwünscht war. Im Dritten Reich stand entweder die Wehrmacht oder die Partei, in deren Händen ja auch der zivile Staatsapparat war, für den Ausnahmezustand zur Verfügung. Eine Unterordnung der Wehrmacht unter Partei-Instanzen wäre nach meinem Dafürhalten höchst unerwünscht gewesen. Daher meine Bemerkung vom 25.3.56, dass "nach Lage der Dinge pp.".

Reichsamt des Innern	
11. März 1919	München

Der Einsatz bei inneren Unruhen dürfte zu keiner Zeit der
Armee erstrebenswert gewesen sein; aber sie musste sich damit ab-
finden, wenn er ihr aufgetragen wurde.

Mit verbindlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Handwritten signature

Institut für Zeitgeschichte Archiv

75-7612-33
Göttingen, 23.3.1956.

Sehr geehrter Herr Professor!

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4071/68	Best. 25 74
Rep. /	Kat.

Meine Antwort auf Ihre Anfrage vom 21.3. wird Sie enttäuschen. Leider habe ich keine schriftlichen Unterlagen und auch keine Notizen mehr darüber, wie das R.V.G. vom 21.5.35 zustande kam; auch fehlt mir der Text dieses Gesetzes, an Hand dessen ich vielleicht meiner in diesem Fall versagenden Erinnerung nachhelfen könnte. Mit der Materie habe ich mich s.Zt. natürlich zu befassen gehabt; doch entsinne ich mich an Einzelheiten des Hergangs bei der Bearbeitung innerhalb des Rw.Min. und des Vortrags bei Hitler nicht mehr. Ganz allgemein glaube ich jedoch auf Grund der sachlichen und persönlichen Situation 1935 mit einiger Sicherheit sagen zu können, dass die "traditionelle Lösung (à la Monarchie)" keinen Widerspruch von Seiten Hitlers gefunden, sondern vielmehr seiner damaligen Einstellung zur Wehrmacht durchaus entsprochen hat. Wenn später im 2. R.V.G. (1938) eine andere Auffassung zum Ausdruck gelangt ist, so liegt das zweifellos an dem seit 4.2.38 grundlegend veränderten Verhältnis zwischen Hitler und Wehrmacht.

Man wird kaum einer einzelnen Person, weder im Stabe des Rw. Ministers noch in der Heeresleitung, einen besonderen Anteil daran zusprechen können, dass die vollziehende Gewalt wieder den militärischen Befehlshabern durch das Gesetz 1935 grundsätzlich zugesprochen wurde. Nach Lage der Dinge und der geschichtlichen Entwicklung konnte für uns eine andere Regelung nicht in Frage kommen. Über Einzelheiten der Bearbeitung des Gesetzes durch die militärischen Stellen (Wehrmachtamt, H.L., M.L., Luftwaffe) kann möglicherweise der einstige Chef der Heeresorganisations-Abteilung und heute in München lebende General d. Infanterie a. D. S t a p f Auskunft geben. Im übrigen müsste m.E. in den Nürnberger-Dokumenten sich einiges über die Arbeit des Reichsverteidigungsausschusses und vielleicht auch über die Entstehung des 1. R.V.G. finden lassen. Eine Sammlung dieser Dokumente ist, was Sie aber wohl längst wissen werden, im Institut für Völkerrecht der hiesigen Universität (Dr. S e r a p h i m) Göttingen Prinzenstr. 21.

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Stapf